Gesetzes- u. Verordnungsblatt

der Evang. Landeskirche in Baden

Ausgegeben

Karlsruhe, den 20. Dezember

1983

Inhalt

	Seite		
Dienstnachrichten	171	Bekanntmachungen:	
Ausschreibung von Pfarrstellen	172	Errichtung einer 2. Pfarrstelle in der Evang. Kirchengemeinde Brühl	179
Kirchliche Gesetze:		Errichtung einer Pfarrstelle in der Evang. Kirchengemeinde Kilsheim	179
Kirchliches Gesetz zur Änderung des kirchl. Gesetzes über die Mitarbeitervertretungen in der Evang. Landeskirche in Baden	174	Erweiterung des Kirchspiels der Evang. Kirchengemeinde Nassig	179
Kirchliches Gesetz zur Änderung des kirchl. Gesetzes über die Besoldung und Versorgung der Pfarrer (Pfarrerbesoldungsgesetz – PFBG)	176	Urlauber-Seelsorge im Ausland und im Bereich der badischen Landeskirche	179
Kirchliches Gesetz zur Änderung des kirchl. Gesetzes über die Besoldung und Versorgung der Kirchenbeamten	178	Landesarbeitskreis des Verbandes für Kindergottesdienstarbeit der Evang. Landeskirche in Baden	179
		Bezirksjugendpfarrer	180
		Bibelsonntag 1984	180
		Kollektenplan für das Jahr 1984	180

Dienstnachrichten

Entschließungen des Landesbischofs

Berufen auf weitere 6 Jahre

(gemäß § 98 Abs. 2 und 3 Grundordnung):

Schuldekan Conrad Franke in Konstanz zum Schuldekan für den Evang. Kirchenbezirk Konstanz ab 1.12.1983.

Berufen

(gemäß § 12 Abs. 1 Buchst. a Pfarrstellenbesetzungsgesetz):

Pfarrvikarin Angelika Bless in Schönbrunn zur Pfarrerin daselbst,

Pfarrer Hanfried Koch in Albrück zum Pfarrer daselbst,

Pfarrerin Brigitte Nannt in Emmendingen (Dietrich-Bonhoeffer-Pfarrei) zur Pfarrerin daselbst nach Aufnahme unter die Pfarrerinnen der Evang. Landeskirche in Baden.

Berufen

(gemäß § 12 Abs. 1 Buchst. c Pfarrstellenbesetzungsgesetz):

Pfarrvikar Steffen Haselbach in Helmstadt zum Pfarrer daselbst,

Pfarrvikarin Eva Rehr-Marsal in Karlsruhe (Altstadt-pfarrei) zur Pfarrerin daselbst.

Berufen

(gemäß § 14 Abs. 1 Pfarrstellenbesetzungsgesetz):

Pfarrvikar Ulrich Greder in Freiburg zum hauptamtlichen Bezirksjugendpfarrer im Kirchenbezirk Freiburg, Religionslehrer Pfarrvikar Manfred Jeub in Bruchsal (Techn., Wirtschafts- und Schönborn-Gymnasium) zum hauptamtlichen Religionslehrer daselbst als Pfarrer der Landeskirche,

Religionslehrer Pfarrvikar Johannes Klein in Mannheim (Peter-Petersen-Gymnasium) zum hauptamtlichen Religionslehrer daselbst als Pfarrer der Landeskirche.

Entschließung des Oberkirchenrats

Entlassen auf Antrag:

Dipl.-Psychologe Pfarrer Johannes Franck in Emmendingen, bisher beurlaubt zum Dienst an der Psychologischen Beratungsstelle im Ortenau-Kreis.

Entschließung

des Ministeriums für Kultus u. Sport Bad.-Württ.

Ernannt:

Studienrat Pfarrer Friedrich Schwedes in Freiburg (Staudinger Gesamtschule) zum Oberstudienrat.

Gestorben:

Pfarrer i.R. Dr. theol. August Scheuerpflug, zuletzt in Bruchsal (Südpfarrei), am 23. 10. 1983.

Ausschreibung von Pfarrstellen

a) Erstmögliche Ausschreibung

(Bewerbungen innerhalb 5 Wochen)

Mannheim, Thomaspfarre, Kirchenbezirk Mannheim

Die Pfarrstelle wird zum 1. Mai 1984 frei.

Das Gemeindegebiet umfaßt die Ortsteile Neuostheim (1.800 Gemeindeglieder) und Neuhermsheim (600 Gemeindeglieder), die am Rande des Stadtkerns im Grünen liegen.

Die Kirche, die Gemeinderäume, der zweizügige Kindergarten und das geräumige Pfarrhaus liegen nahe beieinander in einer schönen Grünanlage.

Die Gottesdienste in beiden Gemeindeteilen finden jeweils um eine Stunde versetzt statt.

Die Grundschule, an der sechs Wochenstunden Religionsunterricht zu erteilen sind, befindet sich in der Nähe.

Gemeinsam mit einem Besuchskreis ist das in Neuhermsheim gelegene evangelische Alten- und Pflegeheim (180 Betten) zu betreuen.

In der Gemeinde bestehen verschiedene Kreise, die vom Pfarrer und den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern getragen werden. Chor, Frauenkreis, Seniorenkreis, Besuchskreis und verschiedene Jugendgruppen prägen das Gemeindeleben mit, das auch durch ein besonders gutes Verhältnis zur katholischen Schwesterngemeinschaft und durch intensive ökum. Zusammenarbeit (Gottesdienste, Erwachsenenbildung, Bastelkreis, Gemeindefest) gekennzeichnet ist.

Die Gemeinde wünscht sich einen Pfarrer, der im Gottesdienst die Mitte seines Wirkens sieht, die Seelsorge als wichtige Aufgabe versteht und in der Jugendarbeit die Basis für die zukünftige lebendige Gemeinde legt. Sie erwartet von ihm, daß er die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter seelsorgerlich begleitet und neue Mitarbeiter zu gewinnen vermag. Er soll die intensive Zusammenarbeit mit der katholischen Schwesterngemeinschaft aufrichtig bejahen und fortsetzen.

Die Ältestenkreise von Neuostheim und Neuhermsheim, die meistens gemeinsam beraten, hoffen darauf, die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem jetzt scheidenden Pfarrer in gleicher Weise mit dem zukünftigen Pfarrer fortsetzen zu können.

Besetzung dieser Pfarrstelle durch Gemeindevwahl.

Bewerbungen innerhalb 5 Wochen unmittelbar beim Evang. Oberkirchenrat; gleichzeitig Anzeige an das für den Bewerber zuständige Dekanat.

b) Nochmalige Ausschreibungen

(Bewerbungen innerhalb 3 Wochen)

Bietigheim-Muggensturm, Kirchenbezirk Baden-Baden

Die Pfarrstelle wurde zum 1. November 1983 frei.

Die Kirchengemeinde umfaßt 3 politische Gemeinden, und zwar Bietigheim mit 5200 (davon 900 evang.), Ötig-

heim mit 3700 (davon 425 evang.) und Muggensturm mit 4900 (davon 800 evang.) Einwohnern. Sie liegt im Landkreis Rastatt zwischen Baden-Baden (15 km Entfernung) und Karlsruhe (20 km Entfernung).

Dienstszitz ist Muggensturm mit einem neuen Pfarrhaus (gebaut 1980) mit 8 Zimmern, davon 2 Diensträume. Neben dem Pfarrhaus steht in Muggensturm die Kirche in gutem baulichen Zustand. In Bietigheim steht das 1978 neu erbaute Gemeindezentrum. Daher sind in den nächsten Jahren keine Bautätigkeiten zu erwarten.

In Muggensturm (ruhige Wohngemeinde) sind Grund- und Hauptschule; alle weiterführenden Schulen sind in Rastatt (8 km Entfernung). Es bestehen gute Verkehrsverbindungen (Bahn und Bus).

Die Kirchengemeinde existiert in dieser Form seit 1. Januar 1977. Durch Zuzug - insbesondere von jungen Familien - hat die Zahl der Gemeindeglieder in den letzten Jahren stark zugenommen.

Der derzeitige Stelleninhaber hat in den 3 Gemeinden insgesamt 8 Wochenstunden Religionsunterricht zu erteilen.

In den Pfarrgemeinden Bietigheim und Muggensturm findet jeden Sonntag Gottesdienst statt (Bietigheim um 10.00 Uhr, Muggensturm um 9.00 Uhr). Kindergottesdienst wird in beiden Gemeinden von Helfern selbständig gehalten. Folgende Gemeindeglieder bestehen: in Muggensturm Bibelkreis, Frauenkreis und Jugendkreis, in Bietigheim: Bibelkreis, Jungschar, Jugendkreis, Erwachsenenbildung, Arbeitskreis „Gesunde Umwelt“; ein Besuchsdienst ist gerade in Vorbereitung. Die Kreise arbeiten weitgehend selbständig, würden sich aber über Anregungen und eine Unterstützung durch den Pfarrer freuen.

Die Ältestenkreise der Pfarrgemeinden Bietigheim/Ötigheim und Muggensturm arbeiten konstruktiv und hoffen auf ein gutes Zusammenwirken mit dem neuen Pfarrer.

Als wichtigste Aufgabe des Pfarrers sehen die Ältestenkreise die Seelsorge in den Gemeinden.

Bruchsal (4. Pfarrstelle), Kirchenbezirk Karlsruhe-Land

Die Pfarrstelle ist zum 1. 7. 1983 errichtet worden und kann ab sofort besetzt werden.

Die Gemeinde besteht aus den zwei Ortsteilen Unter- und Obergrombach südlich der Stadt Bruchsal, in deren Kirchengemeinde sie die vierte Pfarrei bildet. Der evang. Bevölkerungsanteil (etwa 750 und 190 Gemeindeglieder) ist überwiegend erst nach 1945 zugezogen und liegt unter 20 Prozent. Beide Orte liegen 2 km voneinander entfernt in landschaftlich reizvoller Lage im Kraichgauer Hügelland und am Fuß des Michaelsberges.

Die Gemeinde steckt in mancher Hinsicht noch in den Anfängen. Die Ältesten und ein Kreis aktiver Mitarbeiter wünschen sich einen Pfarrer, der gerne eine aufbauende Gemeindegliederarbeit betreibt. Den Gemeinden ist daran gelegen, daß in den Gottesdiensten (in Obergrombach nur 14tägig) das Evangelium lebensnah verkündigt wird. Sie freuen sich über zeitgemäße Gottesdienstformen und sind offen für Neuerungen auch im Gemeindeleben.

In Untergrombach steht eine Kirche mit Sakristei und Gruppenraum zur Verfügung. In Obergrombach kann für Gottesdienst und Veranstaltungen das kath. Gemeindezentrum benutzt werden, in den Sommermonaten finden die Gottesdienste in der evang. Schloßkirche statt.

Pfarrwohnung und Pfarrbüro werden in Absprache mit dem Bewerber angemietet. Der Bau eines Pfarrhauses mit Gemeinderäumen ist in Untergrombach beabsichtigt.

Erfahrene Kirchendiener und eine qualifizierte Sekretärin sind stundenweise beschäftigt. Die Kirchengemeinde Bruchsal ist dem Rechnungsamt angeschlossen.

Bruchsal (5 km) ist ein regionales Kultur- und Bildungszentrum mit allen Schularten; in beiden Ortsteilen sind Grund- und Hauptschule.

Nach Meinung des Ältestenkreises ist aufgrund der klaren Funktionsteilung die Stelle auch für ein Theologenehepaar geeignet.

Mit dem Pfarrdienst in Unter- und Obergrombach ist die Krankenhauseelsorge in Bruchsal verbunden. Das Krankenhaus hat 440 Betten mit allen Abteilungen der Allgemeinmedizin.

Ein Gottesdienst findet einmal wöchentlich statt und an den kirchlichen Festen Abendmahlsfeiern auf den Stationen.

Kontakte zur kath. Krankenhauseelsorge, zum Pflegepersonal, zur Krankenpflegeschule und zu den Mitarbeitern der Caritas sollten ausgebaut und gefördert werden.

Weingarten (Pfarrstelle 1 und 2 des Gruppenpfarramts), Kirchenbezirk Bretten

Die Pfarrstelle Weingarten (künftig Pfarrstelle I des Gruppenpfarramts) wurde durch die Zurrhesetzung des bisherigen Stelleninhabers zum 1. 9. 1983 frei. Zum gleichen Zeitpunkt wurde in der Kirchengemeinde Weingarten eine 2. Pfarrstelle errichtet und ein Gruppenpfarramt gebildet.

Weingarten mit rund 8 000 Einwohnern, zwischen Karlsruhe und Bruchsal, hat sich als Weinbaugemeinde den ländlichen Charakter bewahrt. Zur Kirchengemeinde gehören 4 600 Gemeindeglieder. Der Seelsorgebezirk jedes Gemeindepfarrers soll etwa 2 300 Gemeindeglieder umfassen. Die Gottesdienste sollen im Wechsel gehalten und die sonstigen Aufgaben nach Fähigkeiten und Begabung aufgeteilt werden. Jeder Pfarrstelleninhaber hat 6 Wochenstunden Religionsunterricht zu erteilen. In unmittelbarer Nähe der Kirche befindet sich ein geräumiges Pfarrhaus mit Garten und ein großes

Gemeindehaus. Das Pfarrhaus soll gründlich renoviert werden. Wünsche des künftigen Stelleninhabers können noch berücksichtigt werden.

Für den Pfarrer der Pfarrstelle II soll eine entsprechende Wohnung angemietet werden.

Im Ortsteil Waldbrücke steht ein weiteres Haus der Kirchengemeinde, in dem zweimal monatlich Gottesdienst gehalten wird.

Die Pfarramtssekretärin ist hauptamtliche Mitarbeiterin, nebenamtlich sind Kirchendienerin, Chorleiter, Hausmeister und Organisten. Außerdem sind eine größere Anzahl von ehrenamtlichen Mitarbeitern in den verschiedenen Gruppen und Gemeindegemeinden tätig (z. B. Kirchenchor, Posaunenchor, Helferkreis, Kindergottesdienstvorbereitung). Die Jugendarbeit wird in wesentlichem Umfang vom CVJM getragen. Die Krankenpflege liegt in den Händen der Evang. Sozialstation Stutensee-Weingarten. Zur Gemeinde gehören drei evang. Kindergärten. Die Kirchengemeinde ist dem Evang. Rechnungsamt Bretten angeschlossen.

Die Evang. Kirchengemeinde fördert die Arbeit in der örtlichen Ev. Allianz. Die Zusammenarbeit mit dem CVJM und der Liebenzeller Mission am Ort ist in jeder Hinsicht brüderlich. Die Verbindung zur kath. Kirchengemeinde ist gut. Die ökumenische Zusammenarbeit soll gepflegt und weiterentwickelt werden.

Die Gemeinde sucht zwei Pfarrer, die in enger Zusammenarbeit Gewachsenes pflegen, neue Akzente setzen und eine im Evangelium begründete Glaubenshaltung mit Aufgeschlossenheit für die Fragen unserer Zeit verbindet. Eine besondere Aufgabe wird die Anleitung und Betreuung vorhandener und die Gewinnung neuer Mitarbeiter sein. Ein aktiver Ältestenkreis ist hier zu vertrauensvoller Mitwirkung bereit und steht jederzeit zu Informationsgesprächen zur Verfügung.

Besetzung der vorgenannten Pfarrstellen durch Gemeindevwahl.

Bewerbungen unmittelbar beim Evang. Oberkirchenrat; gleichzeitig Anzeige an das für den Bewerber zuständige Dekanat.

Die Bewerbungen

- a) für die **erstmalige Ausschreibung** müssen bis spätestens **25. Januar 1984** abends und
- b) für die **nochmaligen Ausschreibungen** bis spätestens **11. Januar 1984** abends schriftlich beim Evang. Oberkirchenrat in Karlsruhe eingegangen sein.

Kirchliche Gesetze

Kirchliches Gesetz zur Änderung des kirchlichen Gesetzes über die Mitarbeitervertretungen in der Evangelischen Landeskirche in Baden

Vom 8. November 1983

Die Landessynode hat das folgende kirchliche Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das kirchliche Gesetz über die Mitarbeitervertretungen in der Evangelischen Landeskirche in Baden (Mitarbeitervertretungsgesetz - MVG -) vom 5. April 1978 (GVBl. S. 67 und GVBl. 1980 S. 6), geändert durch kirchliches Gesetz vom 14. November 1980 (GVBl. 1981 S. 5), wird wie folgt geändert:

1. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Die Absätze 1 bis 5 erhalten folgende Fassung:

„(1) In jeder Dienststelle (§ 2), die in der Regel ständig mindestens 10 wahlberechtigte Mitarbeiter beschäftigt, von denen mindestens drei wählbar sind, ist eine Mitarbeitervertretung zu bilden. Mitarbeiter einer Kirchengemeinde oder eines Kirchenbezirks gelten jeweils als in einer Dienststelle beschäftigt, sofern nicht eine Mitarbeitervertretung nach Absatz 2 gebildet wird.

(2) Für einzelne oder mehrere Dienststellen im Sinne von § 2 Buchst. a oder Einrichtungen, die gesondert verwaltet oder betrieben werden, können im Einvernehmen zwischen den Mitarbeitern der Dienststelle und der Dienststellenleitung eigene Mitarbeitervertretungen gebildet werden.

(3) Unabhängig von den Voraussetzungen des Absatzes 1 kann für mehrere Dienststellen im Rahmen einer Wahlgemeinschaft eine gemeinsame Mitarbeitervertretung gebildet werden. Hierzu bedarf es der Zustimmung der beteiligten Dienststellenleitungen und der Mehrheit der wahlberechtigten Mitarbeiter jeder der beteiligten Dienststellen.

(4) In den Kirchenbezirken wird für die Mitarbeiter von Dienststellen im Sinne von § 2, bei denen keine Mitarbeitervertretung gebildet worden ist, eine gemeinsame Mitarbeitervertretung mit dem Kirchenbezirk gebildet.

(5) Die nach Absatz 3 oder 4 gebildete gemeinsame Mitarbeitervertretung ist für die Dienststellen zuständig, für die sie gebildet worden ist. Partner dieser Mitarbeitervertretung ist die jeweils beteiligte Dienststellenleitung.“

b) Die Absätze 8 und 9 werden gestrichen.

2. Es wird ein neuer § 5 a eingefügt mit folgendem Wortlaut:

„§ 5 a Gesamtmitarbeitervertretung

(1) Bestehen bei einem Rechtsträger mehrere Dienststellen mit eigener Mitarbeitervertretung, so kann eine Gesamtmitarbeitervertretung gebildet werden. Der Rechtsträger entscheidet hierüber im

Einvernehmen mit der Mehrheit der Mitarbeitervertretungen.

(2) Die Gesamtmitarbeitervertretung ist zuständig für die Aufgaben der Mitarbeitervertretung, soweit sie die Mitarbeiter aller oder mehrerer Dienststellen des Rechtsträgers betreffen. Ihr Partner ist die oberste Dienststellenleitung.

(3) Die Gesamtmitarbeitervertretung wird aus den Mitarbeitervertretungen der Dienststellen aus ihrer Mitte gebildet.

Die Gesamtmitarbeitervertretung besteht bei Dienststellen mit

bis zu 500 wahlberechtigten Mitarbeitern aus 5 Vertretern,

501 bis 1.500 wahlberechtigten Mitarbeitern aus 7 Vertretern,

mehr als 1.500 wahlberechtigten Mitarbeitern aus 9 Vertretern.

Jede Mitarbeitervertretung muß in der Gesamtmitarbeitervertretung durch einen Vertreter vertreten sein.

4) Die Gesamtmitarbeitervertretung soll sich aus Vertretern der verschiedenen Berufsgruppen und Arbeitsbereiche unter Berücksichtigung der Zahl der in den Dienststellen tätigen Mitarbeitern zusammensetzen.

(5) Auf die Gesamtmitarbeitervertretungen finden die Bestimmungen dieses Gesetzes entsprechende Anwendung.“

3. § 6 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

Buchstabe a entfällt.

Der bisherige Buchstabe b wird neuer Buchstabe a. Der bisherige Buchstabe c wird neuer Buchstabe b. Der bisherige Buchstabe d wird neuer Buchstabe c. Der bisherige Buchstabe e wird neuer Buchstabe d. Der bisherige Buchstabe f wird neuer Buchstabe e.

4. § 13 erhält folgende Fassung:

„§ 13 Amtszeit

(1) Die regelmäßige Amtszeit der Mitarbeitervertretung beträgt vier Jahre. Sie beginnt mit der Rechtskraft der Wahl und endet mit dem 31. März der nächsten allgemeinen Wahl.

(2) Alle vier Jahre finden in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März allgemeine Mitarbeitervertretungswahlen statt.

(3) Die bisherige Mitarbeitervertretung führt die Geschäfte auch nach Ablauf ihrer Amtszeit bis zum Zusammentreten der neuen Mitarbeitervertretung.“

5. § 26 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die durch die Tätigkeit der Mitarbeitervertretung entstehenden notwendigen Kosten tragen die Dienststelle, bei gemeinsamen Mit-

arbeitervvertretungen nach § 5 Abs. 3 die beteiligten Dienststellen, bei gemeinsamen Mitarbeitervertretungen nach § 5 Abs. 4 der Kirchenbezirk sowie bei Mitarbeitervertretungen nach § 5 Abs. 7 die Landeskirche.“

6. § 31 wird gestrichen.

7. § 36 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Versagt in einem Falle der Mitbestimmung die Mitarbeitervertretung ihre Zustimmung, kann die Dienststellenleitung innerhalb von vier Wochen nach Eingang der schriftlichen Ablehnung den Schlichtungsausschuß anrufen.“

8. § 38 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Dienststellenleitung und Mitarbeitervertretung achten darauf, daß die Mitarbeiter nach Recht und Billigkeit behandelt werden und jede Betätigung in der Dienststelle unterbleibt, die der Aufgabe der Dienststelle und der Dienstgemeinschaft oder dem Arbeitsfrieden abträglich ist. Insbesondere dürfen sie keine Maßnahmen des Arbeitskampfes gegeneinander einleiten oder durchführen. Dienststellenleitung und Mitarbeitervertretung haben jede parteipolitische Betätigung in der Dienststelle zu unterlassen; die Behandlung von Tarif-, Besoldungs- und Sozialangelegenheiten wird hiervon nicht berührt.“

9. § 41 erhält folgende Fassung:

„§ 41

Bildung der Gesamtvertretung

(1) Für den Bereich der Evangelischen Landeskirche in Baden wird für die Dauer einer Wahlperiode eine Gesamtvertretung der Mitarbeiter im kirchlichen und diakonischen Dienst gebildet. Sie besteht aus zwölf Mitgliedern, von denen sechs einer Mitarbeitervertretung bei einer kirchlichen Dienststelle und sechs einer Mitarbeitervertretung bei einer diakonischen Einrichtung angehören müssen.

(2) Zusätzlich zu den Mitgliedern der Gesamtvertretung nach Absatz 1 sind zwölf Ersatzmitglieder nach Maßgabe von Absatz 1 Satz 2 zu wählen.

(3) Zur Wahl der Gesamtvertretung werden die Vorsitzenden der Mitarbeitervertretungen, bei Mitarbeitervertretungen mit neun und mehr Mitgliedern auch deren Stellvertreter, spätestens bis zum 31. Mai des Wahljahres vom Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses eingeladen, der auch die Versammlung leitet. Das Nähere regelt die Wahlordnung.

(4) Scheidet ein Mitglied der Gesamtvertretung aus, ergänzt sich die Gesamtvertretung durch Zuwahl eines Ersatzmitgliedes nach Absatz 2.

(5) Die Gesamtvertretung wählt einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung. Für Beschlüsse der Gesamtvertretung gilt § 24. Die Gesamtvertretung tritt mindestens einmal im Jahr zusammen.“

10. Es wird ein neuer § 41 a eingefügt mit folgendem Wortlaut:

„§ 41 a

Aufgaben der Gesamtvertretung

(1) Die Gesamtvertretung hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Wahl der nach § 7 Abs. 1 des Arbeitsrechtsregelungsgesetzes von der Gesamtvertretung in die Arbeitsrechtliche Kommission zu entsendenden Vertreter sowie deren Stellvertreter,
- b) Unterstützung der von ihr entsandten Vertreter bei der Erarbeitung von Vorlagen an die Arbeitsrechtliche Kommission (§ 11 des Arbeitsrechtsregelungsgesetzes),
- c) Beratung, Förderung und Information der Mitarbeitervertretungen in ihren Aufgaben, Rechten und Pflichten.

(2) Als Vertreter oder Stellvertreter im Sinne von Absatz 1 Buchst. a ist gewählt, wer die Mehrheit der Stimmen der gesetzlichen Mitglieder der Gesamtvertretung erhält.

(3) Die durch die Tätigkeit der Gesamtvertretung entstehenden notwendigen Kosten werden von der Landeskirche erstattet.“

11. § 43 wird wie folgt geändert:

a) § 43 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Der Schlichtungsausschuß entscheidet auf Antrag der Mitarbeitervertretung, ob eine von der Dienststellenleitung beabsichtigte oder durchgeführte Maßnahme das Zustimmungsrecht der Mitarbeitervertretung verletzt. Der Antrag ist innerhalb von zwei Wochen nach Kenntnis von der Absicht oder Durchführung der Maßnahme zu stellen.“

b) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden Absätze 4 und 5.

12. § 45 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 letzter Satz wird die Zahl „3“ durch die Zahl „4“ ersetzt;

b) Absatz 5 Buchst. a erhält folgende Fassung:

„a) bei Verfahren nach § 43 Abs. 1 Buchst. a sowie nach Absatz 3 und Absatz 4 in der Besetzung durch den Vorsitzenden und die vier ständigen Beisitzer,“;

c) in Absatz 5 Buchst. c wird die Zahl „4“ durch die Zahl „5“ ersetzt.

Artikel 2

Übergangs- und Schlußbestimmungen

(1) Allgemeine Mitarbeitervertretungswahlen im Bereich der Evangelischen Landeskirche in Baden finden erstmals in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1985 statt.

(2) Die Amtszeit der bestehenden Mitarbeitervertretungen endet spätestens mit der Übernahme der Geschäfte

durch die nach diesem Gesetz gebildete Mitarbeitervertretung. Sofern die Amtszeit einer bestehenden Mitarbeitervertretung im Laufe des Jahres 1984 enden würde, bleibt diese bis zur Übernahme der Geschäfte durch die nach Absatz 1 neu gebildete Mitarbeitervertretung im Amt.

Artikel 3

Der Evangelische Oberkirchenrat wird ermächtigt, das Mitarbeitervertretungsgesetz in der sich aus Artikel 1 ergebenden Fassung mit neuer Paragraphenfolge bekanntzugeben und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu berichtigen.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1984 in Kraft.

(2) Der Evangelische Oberkirchenrat wird mit dem Vollzug dieses Gesetzes beauftragt.

Dieses Gesetz wird hiermit verkündet.

Karlsruhe, den 8. November 1983

Der Landesbischof

Dr. Klaus Engelhardt

Kirchliches Gesetz zur Änderung des kirchlichen Gesetzes über die Besoldung und Versorgung der Pfarrer (Pfarrerbesoldungsgesetz - PfbG)

Vom 9. November 1983

Die Landessynode hat das folgende kirchliche Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das kirchliche Gesetz über die Besoldung und Versorgung der Pfarrer vom 25. April 1963 (GVBl. S. 29), zuletzt geändert durch kirchliches Gesetz vom 22. Oktober 1976 (GVBl. S. 143), wird nach Maßgabe der Artikel 1 bis 11 wie folgt geändert:

1. § 4 Abs. 1 Nr. 2 erhält folgende Fassung:

- „2. auf Lebenszeit angestellte Gemeindepfarrer mit einem ständigen Dienstbereich
a) bis 2999 Gemeindegliedern	A 13
ab zehnter Dienstaltersstufe	A 14
b) von 3000 Gemeindegliedern an	A 13
ab zehnter Dienstaltersstufe	A 14
ab vierzehnter Dienstaltersstufe	A 14 a.“

2. § 4 Abs. 1 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

- „3. auf Lebenszeit angestellte Religionslehrer, Krankenhauspfarrer wie die unter Nummer 2

Buchst. b genannten Gemeindepfarrer. Das gleiche gilt für andere Pfarrer der Landeskirche, soweit nicht der Landeskirchenrat eine andere Regelung trifft.

Der Landeskirchenrat kann statt der Einstufung in eine andere Besoldungsgruppe den jeweiligen Funktionen landeskirchlicher Pfarrstellen angemessene Stellenzulagen zu einer Besoldung nach Nummer 2 Buchst. b festlegen. In diesem Falle ist vom Landeskirchenrat in einer Rechtsverordnung zu regeln, unter welchen Voraussetzungen eine Stellenzulage ruhegehaltfähig wird.“

3. § 4 Abs. 1 Nr. 4 erhält folgende Fassung:

„4. Schuldekane in die vom Landeskirchenrat festgelegten Besoldungsgruppen“

4. In § 4 Abs. 1 Nr. 5 (Besoldung der Dekane) und Nr. 6 (Besoldung der Prälaten) werden die Worte „ab dreizehnter Dienstaltersstufe“ durch die Worte „ab vierzehnter Dienstaltersstufe“ ersetzt.

5. § 4 Abs. 1 letzter Satz wird ersetzt durch folgende Regelung:

„Dekanstellvertreter erhalten eine Dienstaufwandsentschädigung oder, wenn ihnen in Anwendung von § 97 Abs. 2 der Grundordnung bestimmte Aufgaben des Dekanats zur Ausübung übertragen werden, eine Funktionszulage. Die nähere Regelung trifft der Evangelische Oberkirchenrat.“

6. § 5 Abs. 4 und 5 werden zu einem neuen Absatz 4 vereinigt, der folgende Fassung erhält:

„(4) Wird ein Pfarrer auf eine niedriger eingestufte Pfarr- oder Dekanatsstelle berufen, so bleibt er in der bisherigen Besoldungsgruppe, wenn er eine Stelle der bisherigen oder einer höheren Besoldungsgruppe mindestens zwölf Jahre innehatte; dauerte diese Zeit mindestens sechs Jahre, so kann er nur um eine Besoldungsgruppe zurückgestuft werden.“

Entsprechendes gilt, wenn ein Pfarrer aus dem Amt des Dekans ausscheidet und auf seiner Pfarrstelle verbleibt.“

7. § 5 Abs. 6 wird Absatz 5.

Artikel 2

1. § 11 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Steht auch der Ehegatte des Gemeindepfarrers in einem Pfarrerdienstverhältnis zur Landeskirche, erhalten beide gemeinsam nur eine Dienstwohnung ohne Zahlung von Ortszuschlag.“

2. § 12 erhält folgende Fassung:

(1) unverändert

„(2) Stehen beide Ehegatten in einem Pfarrerdienstverhältnis zur Landeskirche und steht

keinem Ehegatten eine Dienstwohnung zur Verfügung oder besteht kein Anspruch auf Stellung einer Dienstwohnung, haben beide gemeinsam Anspruch auf einen Ortszuschlag, der sich nach dem Bezieher des Ortszuschlags der höheren Tarifklasse richtet. Das gleiche gilt auch, wenn der Ehegatte des Pfarrers als Beamter im Dienste der Landeskirche steht. Der Ortszuschlag nach Stufe 2 wird jedem Ehegatten zur Hälfte und der kinderbezogene Ortszuschlagsanteil dem Ehegatten, der das Kindergeld erhält, ausbezahlt.“

Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 in folgender Fassung:

„(3) Werden von anderer Seite Vorschriften über das Zusammentreffen mehrerer Ansprüche auf Ortszuschlag und Anwärterverheiratetenzuschlag nicht angewandt, so ist Ortszuschlag nach diesem Gesetz neben der von anderer Seite gewährten Leistung bis zu der in Satz 2 bezeichneten Höchstgrenze zu zahlen. Höchstgrenze ist die Summe der Ortszuschläge bzw. Anwärterverheiratetenzuschläge, die sich bei Anwendung der Vorschriften über das Zusammentreffen mehrerer Ansprüche auf Ortszuschlag bzw. Anwärterverheiratetenzuschlag auch auf die nicht nach diesem Gesetz Anspruchsberechtigten ergeben würde.“

Neuer Absatz 4:

„(4) § 12 Abs. 3 gilt nicht für den kinderbezogenen Ortszuschlagsanteil eines ledigen oder geschiedenen Pfarrers sowie eines Pfarrers, dessen Ehe aufgehoben oder für nichtig erklärt worden ist, wenn er die Kinder nicht nur vorübergehend in seine Wohnung aufgenommen hat und für sie das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz erhält. § 12 Abs. 3 gilt ferner nicht, wenn ein solcher Pfarrer heiratet und der Ehegatte weder im sonstigen öffentlichen Dienst steht noch aufgrund einer Tätigkeit im sonstigen öffentlichen Dienst nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder nach einer Ruhegehaltordnung versorgungsberechtigt ist.“

3. Es wird ein § 12 a in folgender Fassung eingefügt:

„§ 12 a

Familienzuschlag

(1) Gemeindepfarrer mit Dienstwohnung (§ 11 Abs. 1) erhalten für das dritte und jedes weitere Kind, für die ihnen Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 3 oder des § 8 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde, einen Familienzuschlag.

Die Höhe des Familienzuschlags entspricht dem jeweiligen Unterschiedsbetrag zwischen Stufe 4 und Stufe 5 ff. des einem vergleichbaren Beamten des Landes Baden-Württemberg zustehenden Ortszuschlages.

(2) Wenn der Ehegatte auch im kirchlichen Dienst steht oder aus einem solchen Dienst nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder nach einer Ruhegehaltordnung versorgungsberechtigt ist, werden die staatlichen Bestimmungen über den kinderbezogenen Teil des Ortszuschlages angewandt.

(3) Der Familienzuschlag entfällt insoweit, als der Ehegatte oder eine andere Person aufgrund einer Tätigkeit im nichtkirchlichen öffentlichen Dienst oder aufgrund von Versorgungsberechtigung aus einer solchen Tätigkeit für die betreffenden Kinder Ortszuschlag oder entsprechende Zuschläge erhält.

(4) § 12 Abs. 4 gilt sinngemäß.“

Artikel 3

§ 13 erhält unter der Überschrift „Nebenkosten für die Dienstwohnung und Auslagenersatz für Diensträume“ folgende Fassung:

„(1) Der Inhaber einer Dienstwohnung (§ 11) trägt die aus der Benutzung dieser Wohnung folgenden Kosten (Betriebskosten und Abgaben) nach näherer Regelung durch eine Verordnung des Evangelischen Oberkirchenrats.

(2) Die Kirchengemeinde hat dem Inhaber der Dienstwohnung die Auslagen für die Beleuchtung, Heizung und Reinigung der nicht zur Wohnung gehörenden Räume im Pfarrhaus aus örtlichen Mitteln zu ersetzen.“

Artikel 4

Anstelle des bereits früher aufgehobenen § 14 tritt ein neuer § 14 mit der Überschrift „Einnahmen aus Nebentätigkeiten“ in folgender Fassung:

„Einnahmen aus Nebentätigkeiten (§ 26 Pfarrerdienstgesetz) sind, wenn sie einen bestimmten Jahresfreibetrag übersteigen, nach näherer Regelung in einer Verordnung des Landeskirchenrats an die Landeskirche abzuführen.“

Artikel 5

§ 16 Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. auf Lebenszeit angestellt war und eine Dienstzeit von mindestens 5 Jahren abgeleistet hat oder“

Artikel 6

In § 26 Abs. 2 sind die Worte „1 Jahr“ zu ersetzen durch „2 Jahre“.

Artikel 7

§ 27 erhält folgende Fassung:

„Der Evangelische Oberkirchenrat kann einem Pfarrvikar oder einem Pfarrer, der vor Ableistung einer Dienstzeit von 5 Jahren (§ 16 Nr. 1) wegen

Dienstunfähigkeit oder Erreichens der Altersgrenze aus dem Dienst entlassen wird, einen widerruflichen Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Ruhegehalts bewilligen.“

Artikel 8

In § 31 Nr. 2 sind die Worte „siebzigstes Lebensjahr“ zu ersetzen durch „fünfundsechzigstes Lebensjahr“.

Artikel 9

§ 41 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Auf den Ortszuschlag (§ 18 Abs. 1 Nr. 2) finden §§ 11 Abs. 1 und 12 Abs. 2 sinngemäß, im übrigen die für die Landesbeamten geltenden Vorschriften Anwendung.“

Artikel 10

§ 44 (Abfindung) wird gestrichen.

Artikel 11

§ 46 (Wohnsitz im Ausland) erhält folgende Fassung:

„Hat ein Versorgungsberechtigter seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, so kann der Evangelische Oberkirchenrat die Zahlung der Versorgungsbezüge von der Bestellung eines Empfangsbevollmächtigten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland abhängig machen.“

Artikel 12

Übergangsregelung

Soweit sich die Bezüge bei Anwendung dieses Gesetzes verringern, werden in Höhe des Unterschiedsbetrages aufzehrbar Ausgleichszulagen gewährt, die sich jeweils um die Hälfte des Betrages verringern, um den sich die Bezüge aufgrund allgemeiner Besoldungsverbesserungen und aufgrund der Erhöhung des Grundgehalts durch Erreichen der nächsten Dienstaltersstufe erhöhen.

Bei Wegfall eines Ortszuschlags nach Artikel 2 ist entsprechend zu verfahren.

Artikel 13

- (1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1984 in Kraft.
- (2) Der Evangelische Oberkirchenrat kann Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz erlassen.

Dieses Gesetz wird hiermit verkündet.

Karlsruhe, den 9. November 1983

Der Landesbischof

Dr. Klaus Engelhardt

Kirchliches Gesetz zur Änderung des kirchlichen Gesetzes über die Besoldung und Versorgung der Kirchenbeamten

Vom 9. November 1983

Die Landessynode hat das folgende kirchliche Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das kirchliche Gesetz über die Besoldung und Versorgung der Kirchenbeamten vom 4. Dezember 1974/7. März 1975 (GVBl. 1974 S. 113 bzw. 1975 S. 28), geändert durch kirchliches Gesetz vom 11. Februar 1976/26. April 1976 (GVBl. S. 46/69) wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift (Bezeichnung) dieses Gesetzes erhält folgende Fassung:

„Kirchliches Gesetz über die Besoldung und Versorgung von Beamten, die im Dienstverhältnis zur Landeskirche, eines Kirchenbezirks oder einer Kirchengemeinde stehen“

2. § 1 erhält folgende Fassung:

„(1) § 12 Abs. 3 und 4, § 36 Abs. 3 und § 48 des Pfarrerbesoldungsgesetzes finden auf die Kirchenbeamten und deren Hinterbliebene entsprechende Anwendung.

(2) Steht der Ehegatte des Kirchenbeamten als Pfarrer mit Dienstwohnung im Dienst der Landeskirche, hat der Kirchenbeamte keinen Anspruch auf Ortszuschlag.

(3) Steht der Ehegatte des Kirchenbeamten als Pfarrer oder als Kirchenbeamter im kirchlichen Dienst und besteht kein Anspruch auf Dienstwohnung oder steht eine Dienstwohnung nicht zur Verfügung, haben beide gemeinsam nur auf einen Ortszuschlag Anspruch, der sich nach dem Bezieher des Ortszuschlags der höheren Tarifklasse richtet. Der Ortszuschlag nach Stufe 2 wird jedem Ehegatten zur Hälfte und der kinderbezogene Ortszuschlagsanteil dem Ehegatten, der das Kindergeld erhält, ausgezahlt.

(4) Die Absätze 2 und 3 gelten sinngemäß für Kirchenbeamte im Ruhestand.“

Artikel 2

Sofern sich die Ortszuschläge bei Anwendung dieses Gesetzes verringern, werden in Höhe des Unterschiedsbetrags aufzehrbar Ausgleichszulagen gewährt, die sich jeweils um die Hälfte des Betrags verringern, um den sich die Bezüge aufgrund allgemeiner Besoldungsverbesserungen und aufgrund der Erhöhung des Grundgehalts durch Erreichen der nächsten Dienstaltersstufe erhöhen.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1984 in Kraft.
- (2) Der Evangelische Oberkirchenrat kann Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz erlassen.

Dieses Gesetz wird hiermit verkündet.

Karlsruhe, den 9. November 1983

Der Landesbischof

Dr. Klaus Engelhardt

Bekanntmachungen

OKR 18. 11. 1983
Az. 11/21-5218

Errichtung einer 2. Pfarrstelle in der Evang. Kirchengemeinde Brühl

In der Evang. Kirchengemeinde Brühl wird durch Teilung der bisherigen Pfarrgemeinde mit Wirkung vom 1. Januar 1984 eine 2. Pfarrstelle errichtet.

OKR 24. 11. 1983
Az. 11/21-5037

Errichtung einer Pfarrstelle in der Evang. Kirchengemeinde Kilsheim

In der Evang. Kirchengemeinde Kilsheim wird mit Wirkung vom 1. Januar 1984 eine Pfarrstelle errichtet. Mit dem Pfarrdienst ist der Seelsorgedienst im Krankenhaus in Tauberbischofsheim verbunden.

OKR 15. 11. 1983
Az. 11/250

Erweiterung des Kirchspiels der Evang. Kirchengemeinde Nassig

Gemäß § 28 der Grundordnung werden die bisherigen Diasporaorte Ebenheid, Boxtal, Rauenberg und Westental (Ortsteile der Stadt Freudenberg) mit Rückwirkung vom 1. Juli 1983 in das Kirchspiel der Evang. Kirchengemeinde Nassig eingegliedert.

OKR 4. 11. 1983
Az. 32/46

Urlauber-Seelsorge im Ausland und im Bereich der badischen Landeskirche

Zur Durchführung des Dienstes der Urlauber-Seelsorge im europäischen Ausland und im Bereich der badischen Landeskirche suchen wir Pfarrer und Pfarrdiakone.

Zur Aufgabe eines Urlaubers-Seelsorgers gehören:

- Gottesdienste in den betreffenden Gemeinden,
- Wochenveranstaltungen, die einer sinnvollen Urlaubsgestaltung, aber auch einer glaubensmäßigen oder seelsorgerlichen Anregung und Beratung dienen,
- Angebote für Einzelseelsorge.

Der Umfang dieser Dienste wirkt sich aus auf die Zeit der Dienstbefreiung. In der Regel gelten bei erheblichem Dienstumfang 14 Kalendertage als Sonderurlaub. In jedem Fall ist eine vorherige Absprache mit dem zuständigen Dekan nötig.

Bei der **Urlauber-Seelsorge im Ausland** handelt es sich um einen vom Kirchlichen Außenamt in Frankfurt (EKD) begleiteten Dienst an deutschen Urlaubern im Ausland. Eine Aufstellung der Orte, an denen dieser Dienst getan werden soll, kann beim Evang. Oberkirchenrat, Amt für Missionarische Dienste, Blumenstr. 5, 7500 Karlsruhe 1, angefordert werden.

Die Urlauber-Seelsorge im Ausland geschieht in der Regel in den Monaten Juli und August.

Das Kirchliche Außenamt vergütet (gem. Schr. v. 17. 8. 1981) an alle Pfarrer, die für die Dauer von 4 Wochen einen Dienst an einem Urlaubsort im Ausland versehen, einheitlich eine Netto-Beihilfe in folgender Höhe:

Grundbetrag: für Österreich DM 650,-
sonst DM 700,-

und eine **Fahrtkostenpauschale** je nach Entfernung zum Urlaubsort vom Sitz der Leitung der Gliedkirche aus: DM 80,- oder DM 200,- oder DM 300,-.

Bei der **Urlauber-Seelsorge im Bereich der badischen Landeskirche** handelt es sich um einen vom Evang. Oberkirchenrat in Karlsruhe begleiteten Dienst an Urlaubern in Schwerpunkten der Feriengebiete.

Dieser Dienst erfolgt in folgenden Gemeinden:

Bad Rippoldsau	Münstertal
Bonndorf/Grafenhausen	St. Blasien
Furtwangen	Tennenbronn
Vöhrenbach	Titisee
Gütenbach	Todtnau und Schönau
Kirchzarten-Stegen	Triberg
Kollnau-Gutach	Waldkirch
Lenzkirch	Zell-Harmersbach.
Meersburg	

Der Dienst der Urlauber-Seelsorge im Bereich der Evang. Landeskirche in Baden geschieht zur Verstärkung des Angebotes an Gottesdiensten und Seelsorge in Urlaubsgebieten, aber nicht zur Vertretung des Orts Pfarrers.

Der Evang. Oberkirchenrat vergütet für einen vierwöchigen Dienst in der Urlauber-Seelsorge DM 700,- und einen Fahrtkostenzuschuß für eine Person in Höhe einer Bahnfahrt 2. Klasse. Fahrtauslagen für Dienste am Urlaubsort werden auf Antrag erstattet.

Meldungen für den Dienst der Urlauber-Seelsorge im Ausland und im Bereich der badischen Landeskirche erbitten wir an den Evang. Oberkirchenrat / Amt für Missionarische Dienste, Blumenstraße 5, 7500 Karlsruhe 1.

OKR 10. 11. 1983
Az. 32/62

Landesarbeitskreis des Verbandes für Kindergottesdienstarbeit der Evang. Landeskirche in Baden

Die Landeskonferenz des Verbandes für Kindergottesdienstarbeit der Evang. Landeskirche in Baden hat in ihrer Sitzung am 20. 9. 1983 gemäß § 5 Abs. 1 Buchst. d der Ordnung des Verbandes vom 8. 6. 1982 (GVBl. S. 150) die folgenden Mitarbeiter der Kindergottesdienstarbeit ab 1. 1. 1984 für die Dauer von 6 Jahren in den Landesarbeitskreis gewählt:

Meuret, Wolfgang, Pfarrer
Karlssternstr. 1, 6800 Mannheim 31

Treiber, Martin, Pfarrer
Hauptstr. 27 a, 7742 St. Georgen

Trautz, Maria, Religionslehrerin
Poststr. 4, 7746 Hornberg

Grenda, Hans, Textil-Ingenieur
Werner v. Schienen-Str. 12, 7890 Waldshut-Tiengen

Kümmerle, Sieglinde, Hausfrau
Jung-Nauer-Str. 6, 7809 Denzlingen

Scheppat, Gisela, Hausfrau
Hirschstr. 24, 6832 Hockenheim

Zum Vorsitzenden des Landesverbandes wurde in der gleichen Sitzung Pfarrer Wolfgang Keller, Hirzbergstr. 1 a, 7800 Freiburg, gewählt.

OKR 22. 11. 1983
Az. 72/111-5823

Bezirksjugendpfarrer

Pfarrer Steffen Haselbach in Helmstadt wurde zum Bezirksjugendpfarrer für den Kirchenbezirk Sinsheim berufen.

OKR 05. 12. 83
Az. 32/411

Bibelsonntag 1984

Unter dem Thema „Wort, das zum Leben führt“ rufen die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg und die Deutsche Bibelgesellschaft die Gemeinden zum gemeinsamen Bibelsonntag am 29. Januar 1984 auf.

Das Materialheft wurde bereits an die Gemeindepfarrämter versandt.

OKR 15. 11. 1983
Az. 58/1

Kollektenplan für das Jahr 1984

Der Evangelische Oberkirchenrat hat für das Jahr 1984 folgende **Pflichtkollekten** festgesetzt:

08. 01. (1. p. E.)	für Aufgaben der Weltmission
15. 01. (2. p. E.)	im Kindergottesdienst: für einen besonderen Zweck
29. 01. (4. p. E.)	für die Arbeit der badischen Landesbibelgesellschaft
12. 02. (6. p. E.)	für Aufgaben des Diakonischen Werkes der EKD (Pflichtkollekte)
26. 02. (Sexagesimä)	für die Arbeit mit Spätaussiedlern, Ausländern und Asylbewerbern
11. 03. (Invokavit)	zur Förderung der Posaunenarbeit
25. 03. (Okuli)	für gesamtkirchliche Aufgaben der EKD (Pflichtkollekte)
08. 04. (Judika)	für die kirchliche Arbeit mit Jugendlichen
20. 04. (Karfreitag)	zur Unterstützung evangelischer Gemeinden in Osteuropa
22. 04. (Ostern)	für unsere Partnerkirche in Berlin-Brandenburg
06. 05. (Miserikordias)	für die Bibelverbreitung in der Welt (auf Vorschlag der EKD)
20. 05. (Kantate)	zur Förderung kirchenmusikalischer Arbeit
27. 05. (Rogate)	für Aufgaben der Weltmission
10. 06. (Pfingsten)	für die evangelische Kirche der Böhmisches Brüder
17. 06. (Trinitatis)	im Kindergottesdienst: für einen besonderen Zweck
24. 06. (1. p. Tr.)	für die Arbeit des Diakonischen Werkes der Landeskirche
08. 07. (3. p. Tr.)	für Aufgaben der Weltmission
22. 07. (5. p. Tr.)	für diakonische Dienste in der Landeskirche
26. 08. (Israel-Sonntag)	Zeichen der Versöhnung mit Israel
02. 09. (11. p. Tr.)	für Ökumene und Auslandsarbeit der EKD (Pflichtkollekte)
16. 09. (13. p. Tr.)	für besondere Aufgaben der Frauenarbeit der Landeskirche
30. 09. (Erntedank)	Hilfe für die Hungernden in der Welt
04. 11. (Reformationsfest)	für Aufgaben des Gustav-Adolf-Werkes der Landeskirche
anläßlich des Ref. Festes:	im Schüलगottesdienst, ersatzweise im Kindergottesdienst: Jugendgabe für das Gustav-Adolf-Werk
18. 11. (vorl. So. i. Kij.)	für Friedensaufgaben der Kirche (AG „Dienste für den Frieden“)
21. 11. (Buß- und Betttag)	für Stätten kirchlichen Wiederaufbaus in der DDR
25. 12. (1. Weihn. Tag)	für Erziehungsarbeit in Heimen in der Landeskirche

Hinweise:

- Der Kollektenplan geht davon aus, daß wie bisher die Adventssonntage und der Heilige Abend der Aktion „Brot für die Welt“ vorbehalten sind.
- Landeskirchliche Kollekten sind voll (ohne Abzug oder Splitting) an den Evang. Oberkirchenrat abzuführen. Darum muß eine vom Kirchenopfer getrennte Erhebung erfolgen (s. Beschluß der Landessynode vom 11. 04. 1975, GVBl. S. 62).
- Der konkrete Zweck dieser Kollekten ist aus den vierteljährlich erscheinenden Kollektenempfehlungen zu ersehen.
- Die Bezirkskirchenräte können die Erhebung von bis zu 4 Bezirkskollekten beschließen.
- Die Gottesdienstbesucher-Zählsonntage sind 1984:

Invokavit (11. März)	13. p. Tr. (16. September)
Kantate (20. Mai)	1. Advent (02. Dezember)